Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. August 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die lungespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 90

Einiges über wilde und über politische Streiks

Das in Hanau erscheinende kommunistische Zentralorgan „Freiheit" — also nicht die Berliner unabhängige „Freiheit" — beschäftigte sich letzthin in einem offenen Briefwechsel mit dem Thema „Syndikalismus und Kommunismus". Der gewerkschaftliche Syndikalismus ist ein kleines Überbleibsel aus der Einstmaligkeit der Kehler-Katerschen Lokalorganisationen; nennenswertere Niederlassungen hat er nur in Berlin und in Rheinland-Westfalen. Die Begriffserklärung des Kommunismus ist geläufiger, wenn durch die Paarung mit dem deutschen Spartakismus und dem russischen Bolschewismus das Wesensbild auch etwas erschwert wird.

Der Syndikalist Rieger machte der Kommunistischen Partei Vorwürfe über ihre Haltung zu den Gewerkschaften sowie über ihre parteidogmatische Bebrillung von allem und jedem. Unter anderm sagte er:

Die russische Sowjetrepublik hat lernen müssen, sich der Hilfe der Gewerkschaften beim Aufbau der Volkswirtschaft zu bedienen. Diese Lehre sollte auch die K. P. D. nicht in den Wind schlagen.

Kommunismus und Syndikalismus haben die gleichen Ziele, sollten einander ergänzen und schlagbereit zusammenstehen.

Auf diese Anbiederung klang es trocken von dem kommunistischen Ufer zurück:

Die in Deutschland bestehenden Gewerkschaftsorganisationen sind konterrevolutionäre Kampforganisationen und müssen daher im kommunistischen Sinn umgebaut werden, um dann zur Vorwärtstreibung der Revolution Verwendung zu finden.

Da die Gedankenwelt der Unabhängigen einen ähnlichen Zwiebelfischhausen der Beurteilung unsrer Gewerkschaften darstellt, muß die Sache einmal bei richtigerem Lichte betrachtet und an Hand der Tatsachen und Erfahrungen beleuchtet werden.

Oberster Grundsatz jeden Gewerkschaftlers war seit jeher, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufsangehörigen den Zeitverhältnissen entsprechend auszugestalten. Für die Durchführung dieser Aufgaben schufen wir unsre zentralen Gewerkschaftsorganisationen. Sie haben keinen Augenblick gezaudert, wenn die Umstände es gestatteten und die Vorbedingungen gegeben waren, berechtigte und notwendige Bewegungen im Interesse ihrer Mitglieder einzuleiten und mit allem Nachdrucke durchzukämpfen. Die Erfolgstatistiken der Generalkommission in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Ausgestaltung der sozialen Schutzgesetze und hygienischen Einrichtungen reden eine sehr deutliche Sprache. Nur wen die Göller mit Blindheit geschlagen, vermag an diesen lebenden Zahlen vorüberzugehen.

Es ist eine Phrase, wie es deren augenblicklich leider so viele gibt, wenn radikale Elemente behaupten, die Gewerkschaften müssen mit „revolutionärem Geiste" durchsetzt werden und in der Revolution als Klassenkampforganisationen die revolutionären Ziele der Arbeiterbewegung mit erkämpfen helfen. Unsre Gewerkschaften waren nämlich stets, seit sie zentralen Charakter annahmen, revolutionäre Klassenkampforganisationen! Es scheinen all die schweren und erbitterten Kämpfe mit dem koalierten Unternehmertum, mit der sie stützenden reaktionären Regierung, ganz in Vergessenheit geraten zu sein. Alle Streiks, Lohnbewegungen, Aussperrungen, Kämpfe gegen schwarze Listen usw., sind sie etwas andres als scharf ausgeprägte revolutionäre Kämpfe gegen das Kapital gewesen? War nicht jeder und selbst der kleinste Erfolg in diesen recht mühseligen Kämpfen revolutionierend in seinem Endziel und seiner Auswirkung? Waren nicht selbst und sind es auch heute noch die sozialen Selbsteinrichtungen der Gewerkschaftsorganisationen revolutionäre Mittel zur Linderung der Not und des Elends der Mitglieder in erster Linie?

Was jetzt aber in Deutschland vor sich geht, ist alles andre aber nicht revolutionärer Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet. Es ist Katerscher Anarchismus, der zur völligen Zersetzung unsres gemeinschaftlichen Strebens führen muß.

Die Wortführer der „neuen Gewerkschaftstaktik", die in Dißmann (Frankfurt a. M.) und R. Müller (Berlin) ihre Hauptredner in Nürnberg auf dem Gewerkschaftskongreß ins Treffen führten, lassen bei ihren Attacken völlig außer Betracht, daß das heutige Deutschland nicht mehr mit dem von 1914 vergleichbar ist. Heute ist in Deutschland ein ganz neues Moment in der Betrachtung der wirtschaftlichen Zustände und ihrer voraussichtlichen Entwicklung zu berücksichtigen.

Der Zusammenbruch hat dem deutschen Volke nur eins gebracht: die endliche Befreiung von den politischen Fesseln, die es so lange in jeder freien Bewegung hemmten und auch die Arbeiterschaft nicht zu der vollen Machtentfaltung kommen ließen, auf die sie kraft ihrer wirtschaftlichen Stärke Anspruch erheben konnte. Kein Gewerkschaftler wird sich in Würdigung der vorhandenen Verhältnisse zu der Utopie durchzuringen vermögen, daß schon heute, oder von heute auf morgen, der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische sich plötzlich erzwingen ließe, vielmehr der Vernunft Rechnung tragend bekennen: Möglich ist eine dauernd fortschreitende Sozialisierung des wirtschaftlichen und geistigen Lebens!

Die Streikwellen der letzten Monate, soweit sie als Ziel Aufbesserung der Lohnverhältnisse erstrebten, um ausgleichend zur Verteuerung der Lebenshaltung zu wirken, sind Notwendigkeiten gewesen. Bei vielen an diesen Streiks beteiligten Arbeitern wirkte auch ein durchaus verständliches psychologisches Moment mit: jahrelange Ausbeutung durch rücksichtslose Unternehmer, Anhäufung unermeßlicher Reichtümer bei den Kapitalisten und ihren Gesellschaften.

In einzelnen Berufen scheint nun, durch Hinzuströmen neuer, bisher nicht organisiert gewesener Arbeiter und Arbeiterinnen, eine Radikalisierung der alten bewährten Kampfmethoden vor sich zu gehen. An die Stelle der planmäßig vorbereiteten Bewegung tritt impulsive Leidenschaft und Zügellosigkeit bei den Wirtschaftskämpfen. Phantasten und Personen mit sehr geringem Verantwortlichkeitsgefühl nutzen diese neuen Elemente für ihre doktrinären parteipolitischen Zwecke. Jahrzehntelange Entwicklung unsrer Gewerkschaftsorganisationen, ihre überreichen Erfahrungen in wirtschaftlichen und ökonomischen Fragen und sozialen Kämpfen, ihre schmerzlichen Erfahrungen in allen gewerkschaftlichen Kampfmethoden sollen nichts mehr gelten. Die neue Zeit, so predigen diese Wirrköpfe, erfordere auch eine neue „revolutionäre Gewerkschaftstaktik".

Das Gegenteil ist richtig. Wollen wir das Chaos in Deutschland beseitigen helfen, wollen wir aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch einigermaßen geordnete Verhältnisse für die deutsche Arbeiterschaft aufbauen helfen, dann kann es nur unter konsequenter Anwendung der bisher gewählten Kampfformen geschehen. So wie wir bisher in der Anwendung derselben trotz Unternehmerkoalitionen, trotz gelber und christlicher Gegenorganisationen, trotz rückständiger Regierungen und ihrer Hintermänner von Jahr zu Jahr stärker wurden, nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gingen, Kerntruppen zum Emanzipationskampfe für das gesamte Proletariat heranbildeten, so muß es auch in den nächsten Monaten und Jahren bleiben. In jedem Kampfe der Gewerkschaften soll und muß System, gestützt auf den reichen Erfahrungsschatz der kampferprobten Führer, liegen. Wer dieses Fundament untergräbt, wer an die Stelle des planmäßigen, dauernden Erfolg verbürgenden Gewerkschaftskampfes einen systemlosen, undisziplinierten wilden Kampf, unter Entfesselung der niedersten Instinkte ungeschulter Massen, setzen will, der versündigt sich an den Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse!

Die Arbeiterschaft täte gut, diesen Wortheiden der Propaganda recht vorsichtig zuzuhören. Wilde Streiks, gepaart mit politischem Einschlage, haben von vornherein ihren Todeskeim in sich. Sie können wohl, wenn alle augenblicklichen Chancen günstig gelagert, zu Augenblickserfolgen, aber nicht zu Dauererfolgen für die Arbeiterklasse führen. Die Erfahrung früherer Jahre diene uns hier als bester Lehrmeister.

Immer mächtiger schwellen die Bataillone und Regimenter der Gewerkschaften an, und von den großen wirtschaftlichen und sozialen Fragen unsrer Zeit fällt ihnen ein gerüttelt Maß voll Arbeit und Verantwortung zu, die von allen gemeinsam verrichtet und getragen werden muß. Nicht eine Schablone, eine bloße Theorie kann da dieses große Ganze zusammenhalten, sondern nur klare Erkenntnis, gefestigter Wille, Mut der Überzeugung und bewußte Tat. Wehe uns, wenn an ihre Stelle der Bluff und die Phrase die Herrschaft stülen!

Frankfurt a. M. H. Salomon.

Gesundheits- und Kulturpolitik

Die Forderungen für Volksgesundheit und -wohlfahrt, die in Eingaben an alle Regierungen von den einschlägigen Verbänden der Naturheilbewegung — mit insgesamt über 200000 Mitgliedern, Ärzte und Laienpraktiker eingeschlossen — Anfang dieses Jahres aufgestellt wurden, sind auf dem besten Wege, erfüllt zu werden. Es sei nur an den neuen Ministersessel für Volkswohlfahrt in Preußen erinnert, desgleichen an den einstimmigen Beschluß der preußischen Landesversammlung, Lehrstühle für physikalisch-diätetische Therapie (Naturheilkunde) an allen Universitäten zu errichten. Auch der Unterricht der jungen Mediziner soll in der allgemeinen Therapie erweitert werden, was eine Abkehr vom einseitigen Spezialistenwesen bedeutet und der Behandlung kranker Menschen (nicht bloß der Krankheit) eher gerecht wird. Ferner wird die soziale Hygiene allenthalben in den Unterricht einbezogen, und es sollen in den Gemeinden Einrichtungen für Körper- und Gesundheitspflege, Spiel-, Sport-, Turn- und Luftbadeplätze geschaffen werden.

Hierdurch werden alle Forderungen der Naturheilbewegung erfüllt, deren Grundlähen gemäß gehandelt oder diese anerkannt, was krankheitsvorbeugend wirkt und anderseits eine Wandlung der medizinischen Wissenschaft im Gefolge hat.

Der Kern der Naturheillehre hat endlich offizielle Anerkennung gefunden! Das bewies schon die Begründung, die Professor Abderhalden für den Antrag bei der Beratung gab. Er beräßtigte das Wort vom Recht auf die Gesundheit. Die Ausbildung der Ärzte müsse bedeutend verbessert werden. Der Arzt müsse nicht nur Krankheiten, sondern vor allem neben dem Spezialleiden den ganzen Organismus behandeln. Das ärztliche Denken in biologischer Beziehung müsse verbessert werden. Für die Tätigkeit der intelligenten Laienpraktiker fand er Anerkennung und verurteilte die Schulmedizin wegen ihrer Vergewaltigung andrer Heilmethoden. Geheimrat Professor Fahbender drückte sich in ähnlicher Weise aus und geißelte besonders die Einseitigkeit der Bakteriologie und das Spezialistentum der Medizin; eine Folge der materialistischen Denkweise. Nach dem Rostocker Kliniker Martin sei nicht der Bazillentöter ein Wohltäter der Menschheit, sondern der Arzt, der die Menschen befähigt, sich allen äußeren und inneren Schädlichkeiten gegenüber widerstandsfähig zu erweisen. Minister Haenisch drückte die Sympathie der Regierung aus und verurteilte gleichfalls die bisherige Kurzsichtigkeit in der Schulmedizin. Diejenigen Auffassungen und Richtungen, die bisher an den Hochschulen im Schatten gestanden, sollen künftig besonders berücksichtigt werden. Die denkbar wirksamste Bekämpfung des üblen Kurpfuschertums könne dadurch erwartet werden. Der Minister für Volkswohlfahrt, Stegerwald, sprach ganz im Sinne der Forderungen und betonte, daß wirklich praktische Volksfürsorge mit Beamten allein nicht wirksam betrieben werden könne. Allenthalben würde vielmehr auf die freien Kräfte im Volk zurückgegriffen werden müssen, gleichviel, wo sie gefunden werden, wenn sie nur zur Mitarbeit bereit und geeignet sind. Dem Wohlfahrtsministerium solle für bestimmte Aufgabengebiete ein Beirat angegliedert werden aus berufenen Kreisen, die mit den Dingen der Wirklichkeit vertraut sind. Die wirksamen Kräfte innerhalb der Arbeiterschaft, im besondern aus der gewerkschaftlichen Schule und der Naturheilbewegung, werden hiernach künftig erst richtig der Volkswohlfahrt, der Volksgesundheit, dienstbar gemacht werden.

Die Lehrstühle sollen zwar nicht ganz frei sein, sondern nur innerhalb der bestehenden medizinischen Kliniken und Polikliniken eingebaut werden. Es ist aber zu erwarten oder muß erwartet und verlangt werden, daß die Lehrstühle nur mit Männern besetzt werden, die in der Naturheillehre auch wirklich voll und ganz aufgehen; die Gewähr dafür bieten, daß das Lehramt im Sinne der Bewegung verwaltet wird, damit die ihnen anvertrauten Kranken nach deren als richtig anerkannten Grundsätzen behandelt werden. Eine Verwässerung, wie sie schon früher durch Besetzung mit Männern, die zur Naturheillehre keine Beziehungen haben, versucht wurde, darf jedenfalls nach dem 9. November zur Unmöglichkeit gehören. Auch der Referent, der jedenfalls für das Ministerium für Volkswohlfahrt bestellt werden wird und besonders die Angelegenheiten der Naturheillehre bearbeitet, da diese nunmehr in den medizinischen Hochschulunterricht eingeführt werden soll, muß aus eigenster Erfahrung durch praktische Arbeit mit der Naturheillehre und der naturgemäßen Krankenbehandlung vertraut sein. Im übrigen müssen alle Bundes-

klaren Beschlüsse in ähnlicher Weise fassen, damit die Wandlung unter der Heilwissenschaft sich einheitlich vollziehen kann.

Es ist zu wünschen und wohl auch zu erwarten, daß die übrigen Punkte der Eingabe, die auch jeder Fernstehende im eigensten Interesse unterschreiben müßte, zum Wohle der Volksgesamtheit die notwendige Beachtung finden. Es sollen nur die „Handhabung des Impfgesetzes ohne Impfzwang und Einführung der Impfgewissensklausel nach englischem Vorbild“ und der „Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten“ herausgegriffen sein. Wir haben alle Ursache, die Impf-„Segnungen“ während des Krieges, die allen Ernstes in vollem Umfange auf die Friedenszeit übernommen werden sollten, restlos zu beseitigen, und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten darf künftig nicht allein geschehen nach dem Rezept der orthodoxen Medizin, die in der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten organisiert ist.

Leipzig. Otto Mödlus.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Angestellte in „gehobener Stellung“

Fortwährend tauchen Streitfragen darüber auf, wer außer den Betriebsbeamten, Werkmeistern als andrer Angestellter in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung ohne Rücksicht auf seine Vorbildung anzusehen ist.

Nach dem Versicherungsgesetze für Angestellte unterstehen nicht allein die Angestellten in leitender Stellung, sondern neben den Betriebsbeamten auch die andern Angestellten in ähnlich gehobener oder höherer Stellung der Versicherungspflicht, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 7000 Mk. nicht übersteigt. Der Invalidenversicherung unterliegen diese Angestellten nur bis zu einem Einkommen von 2000 Mk. und der Krankenversicherung bis zu einem solchen von 5000 Mk. Werden diese Verdienstgrenzen überschritten, so ist die freiwillige Weiterversicherung zulässig.

Nachstehend soll nun an der Hand der Rechtsprechung auf diese Materie eingegangen werden. Zunächst sei bemerkt, daß das Gesetz keine Definition des Begriffs des Angestellten gibt. Der Kreis der Versicherungspflichtigen ist dadurch abgegrenzt, daß nach unten hin alle der handarbeitenden Bevölkerungsklasse angehörenden Personen (Arbeiter, Gehilfen — auch wenn der Lohn noch so hoch ist — Lehrlinge, Dienstboten usw.), nach oben hin die Selbständigen von der Versicherung ausgeschlossen werden. Im übrigen soll für die Frage, ob jemand als Angestellter anzusehen ist, die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts herangezogen werden. Ob eine die Versicherungspflicht herbeiführende Tätigkeit vorliegt, ist nur nach Lage des Einzelfalls zu entscheiden. Dabei kommt es darauf an, welche Tätigkeit dem Betreffenden von seinem Arbeitgeber übertragen ist, ob er mit einer selbständigeren, mehr leitenden Stellung betraut ist, oder ob er nur als Vorarbeiter in Betracht kommt.

Nach dem „Deutschen Buchdruckerkalender“ für 1913 (S. 116) wären für unsern Beruf als Angestellte, Betriebsbeamte und Werkmeister alle die zu betrachten, die im Kontor einer Druckerei entweder als Kalkulator oder mit der Berechnung von Druckwerken beschäftigt sind, die von der Druckerei als Reisende angestellt werden (nicht die, welche selbständig Druckaufträge sammeln und den Druckereien zur Anfertigung anbieten); ferner die Faktoren, Abteilungsvorsteher, sofern deren Tätigkeit eine mehr betriebsleitende, weniger auf körperliche Mitwirkung gerichtete ist. Kurz vor Inkrafttreten des Versicherungsgesetzes für Angestellte habe ich im „Korr.“ unter anderm darauf hingewiesen, daß Bureauangestellte in Druckereien der Versicherung unterstehen, soweit sie nicht mit niederen oder mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden. Als versicherungspflichtig habe ich dann bezeichnet die Expedienten, Registratoren, Kalkulatoren, Kassenbeamten, Buchhalter. In allen Fällen muß aber die Beschäftigung des Angestellten seinen Hauptberuf bilden.

Zur Klärung der immer noch auftauchenden Streitfragen sollen aus der Rechtsprechung folgende Fälle angeführt werden:

Faktor einer Druckerei, der gegen Wochenlohn und vierzehntägige Kündigung angestellt ist, unter der Oberleitung eines fachkundigen Betriebsleiters oder dessen Stellvertreters die Arbeit an die Setzer verteilt und ihre ordnungsmäßige Ausführung überwacht und den größten Teil des Tages mit Sehen und Lesen von Korrekturen beschäftigt wird, ist nicht versicherungspflichtig.

Metteur, der die ihm vom Faktor übergebenen größeren Arbeiten nach dessen Angaben unter die Setzer zu verteilen hat und deren Anregelmäßigkeiten anzeigen muß, jedoch im übrigen ständig mitarbeitet, indem ihm in der Hauptsache das Umbrechen obliegt, ist nicht versicherungspflichtig.

Schriftsetzer, der die Akzidenzabteilung leitet und die Korrekturen liest und nur im Notfalle zum Satze herangezogen wird, ist versicherungspflichtig.

Korrektor einer Druckerei, der dem Faktor unterstellt ist und selbst kein Anordnungsbefugnisse gegenüber andern im Druckereibetriebe beschäftigten Personen besitzt, ist nicht versicherungspflichtig, auch wenn er gelegentlich fremdsprachige Korrekturen liest. — Korrektor, der körperliche Arbeiten überhaupt nicht zu verrichten hat, sondern ausschließlich mit dem Lesen von Haus- und Autorkorrekturen und dem Prüfen von Maschinenrevisionen beschäftigt ist, ist als Bureauangestellter versicherungspflichtig. — Korrektoren sind nach einer weiteren Entscheidung nur dann als Angestellte anzusehen, wenn sie in der Hauptsache geistige Arbeit zu leisten haben, insbesondere, wenn sie akademisch gebildet sind und fremdsprachige Korrekturen zu lesen haben. Von Fall zu Fall ist zu prüfen, ob ein Korrektor in der Hauptsache geistige Arbeit zu verrichten hat.

Buchdruckereiangestellter: Ein Angestellter, der in einer Buchdruckerei die dort beschäftigten Arbeiter zu beaufsichtigen, die Arbeit unter sie zu verteilen, Anordnungen für die Ausführung zu geben hat und im Bedarfsfalle selbst mitarbeitet, außerdem täglich vier Stunden auf der Redaktion einer dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitung verwendet und über Lokalereignisse selbständig Berichte abfaßt, ist als Angestellter in gehobener Stellung versicherungspflichtig.

Bureauangestellte: Ein Angestellter des Verlags eines Adreßbuchs, der u. a. Firmenadressen, Neueintragungen, Konkurse und Löschungen aus dem „Reichsanzeiger“ ausschreibt und dieses Material nach Provinzen und Orten sortiert, verrichtet nicht lediglich mechanische Dienstleistungen und ist daher versicherungspflichtig.

Berichtigen von Druckschriften in der Weise, daß der Angestellte die ihm von einem andern Angestellten vorgelesenen Berichtigungen (Nachträge, Änderungen oder Streichungen einzelner Stellen) handschriftlich vermerkt, ist als nicht mechanische Dienstleistung anzusehen und ebenfalls versicherungspflichtig.

Berichterstatter für Zeitungen: Ein Bureauangestellter, der neben sonstiger Tätigkeit täglich etwa vier bis sechs Stunden lang Sitzungen der Gerichte und andrer Behörden besucht, den Inhalt der Verhandlungen aufzeichnet und seinem Arbeitgeber (Zeitungsredakteur) über die Sitzungen mündlich berichtet, ist versicherungspflichtig.

Leser eines Zeitungsnachrichtenbureaus, der Zeitungen daraufhin durchzusehen hat, ob darin einer der in einem Stichwortverzeichnis aufgeführten Gegenstände behandelt wird, ist versicherungspflichtig.

Die vorgenannten Entscheidungen sind in den Jahren 1913 bis 1918 sämtlich von dem Oberschiedsgerichte für die Angestelltenversicherung gefällt worden. Bezüglich der Versicherungspflicht der von mir im Absatz 2 erwähnten Expedienten, Registratoren, Kalkulatoren, Kassenbeamten, Buchhalter verweise ich auf die Anleitung über den Kreis der nach der RVO. versicherten Personen, Verlag des „Archiv für Reichsversicherung“, Oldenburg 1912. Unter Ziffer 43, Seite 87/88 werden diese Personen als „andre Angestellte in ähnlich gehobener Stellung“ und somit nach der Angestelltenversicherung für versicherungspflichtig erklärt.

Nun könnte noch die Frage aufgeworfen werden, ob Wochenlohn ein „fester Bezug“ ist. Das Gewerbegericht Stuttgart hat in Sachen eines Werkmeisters unterm 21. Februar 1901 (Zeitschrift „Gewerbegericht“, Jahrgang 7, Spalte 32/33) eine Entscheidung gefällt, aus der u. a. hervorgeht, daß auch der Wochenlohn einen festen Bezug im Sinne des § 133a der Gewerbeordnung darstellen kann. Dies gehe daraus hervor, daß nach dem Entwurfe zu § 133a die festen Bezüge „mindestens monatsweise bemessen“ sein sollten, und daß die Reichstagskommission diesen Passus gestrichen hat. Das Gericht hielt unter diesen Umständen den dem Kläger zugesagten bestimmten Wochenlohn für einen festen Bezug. Bei diesem Streitfalle handelte es sich darum, ob dem Kläger im Fall einer Erkrankung Anspruch auf sechs Wochen Gehalt zustehe. Auch diese Frage wurde hoch wöchentlicher Entlohnung bejaht. Das Gewerbegericht Ebersswalde hat unterm 12. Juli 1901 (Zeitschrift „Gewerbegericht“, Jahrgang 7, Spalte 110/111) ebenfalls einen im Wochenlohn stehenden Faktor als „Angestellten in gehobener Stellung“ bezeichnet, ihn also dem Werkmeister gleichgeachtet. Zu den Obliegenheiten dieses Faktors gehörten: Annehmen und Entlassen der Setzer (allerdings mit Zustimmung des Prinzipals), Beaufsichtigung des Personals, Überwachung und Anlernen der Lehrlinge, Anweisung des ganzen Personals über Setzen, Ablegen und Aufräumen, Verteilung der Manuskripte der Zeitung, Kalkulation der Arbeiten, Anfertigung des Lohnbuchs usw. Der Kläger erhielt wöchentlich 34 Mk., ein gewöhnlicher Setzer 21 Mk. Daß er einmal für Überstunden, weil er mitsetzte, besonders entschädigt wurde, kommt nach Ansicht des Gerichts weiter nicht in Betracht. Durch Erkenntnis des Landgerichts Prenzlau vom 27. Februar 1902 ist dieses Urteil bestätigt worden.

Tagelohn dagegen wird nicht als ein „fester Bezug“ im Sinne des § 133a der Gewerbeordnung angesehen.

Hamburg. M. Güldenberg.

Anmerkung der Redaktion: Diese Darstellung ist veranlaßt durch verschiedene Anfragen. Kollege Güldenberg hat unserm Wunsche, diese Materie noch einmal zusammenhängend zu behandeln, gernbereit entsprochen. Nun wollen alle Interessenten und die es werden könnten, sich diese Nummer gut aufbewahren, denn es kann weder in jedem Einzelfalle geantwortet, noch wunschgemäß „darüber etwas gebracht“ werden.

Korrespondenzen

Leipzig. (Bildungsgemeinschaft.) In einer Aussprache über die Vereinheitlichung der Fortbildungsarbeit, an der Mitglieder des Gauvorstandes sowie der Vorstände der Typographischen Vereinigung und der Sonderberufsgruppen (Sparten) teilnahmen, kam einmütig die Meinung zum Ausdruck, daß das Fortbildungswesen am Ort in Zukunft planmäßig ausgebaut und einheitlich geregelt werden müsse, um einer Zersplitterung der Kräfte vorzubeugen. Man beschloß, eine Bildungsgemeinschaft zu gründen, die alljährlich einen gewissen Arbeitsplan für die berufliche Fortbildung aufstellen und durchführen soll und der außerdem die Aufgabe übertragen wurde, die Teilnahme und die Rechte der Gehilfenschaft auf allen deren geistige und technische Weiterentwicklung berührenden Gebieten zu sichern und zu wahren, besonders auch soweit sie das Lehrlingswesen und die Gehilfenprüfung betreffen. Alle in Betracht kommenden Körperschaften sollen um Unterstützung angegangen werden. Zur Durchführung der Zwecke der Bildungsgemeinschaft ist ein Ausschuß errichtet worden, der sich aus je einem Vertreter des Gauvorstandes und der örtlichen Berufsvereinigungen zusammensetzt. Der Ausschuß hat inzwischen Richtlinien für seine Tätigkeit sowie einen Plan für die im kommenden Winterhalbjahr abzuhaltenden Lehrgänge und Vorträge ausgearbeitet, mit dem er demnächst an die Öffentlichkeit treten wird. Alle Veranstaltungen der Bildungsgemeinschaft sollen sämtlichen Verbandsmitgliedern zugänglich sein.

Ludwigslust i. Mecklbg. Der Bezirksverein Südwestmecklenburg hielt am 13. Juli seine zweite diesjährige Bezirksversammlung ab. Der Kassierer Müller hieß alle Erschienenen in Abwesenheit des Vorsitzenden willkommen. Sodann erfolgte die Neuaufnahme eines Neuausgelernten. Hierauf hielt Gauvorsteher Dahncke (Schwerin) einen hochinteressanten Vortrag über die Tarifberatung und den Gewerkschaftskongreß, der von den anwesenden Kollegen mit großer Spannung entgegengenommen wurde. Als letzter Punkt der Tagesordnung folgte der Bericht aus den verschiedenen Druckorten. Allgemein konnte berichtet werden, daß die Einführung des neuen Tarifs nebst Teuerungszulage ziemlich glatt vonstatten ging.

Bezirk Lüneburg. Am 13. Juli vereinigte zum ersten Male seit langer Zeit eine Bezirksversammlung wieder eine große Anzahl von Kollegen des Bezirks in Lüneburg. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und gedachte in warmen Worten derjenigen, die wir in unsrer Mitte nie wiedersehen werden. Die Versammlung ehrte die im Felde und in der Heimat Gestorbenen durch Erheben von den Sitzen. Nach Aufstellung der Vorschlagsliste für die Delegierten zum Gautag wurde in die Beratung der Gautagsordnung eingetreten. Lebhafte Diskussion rief der Antrag Harburg und Wilhelmsburg auf Abtrennung vom Bezirke hervor. Seitens des Bezirksvorstandes wurde der Antrag bekämpft und zum Ausdruck gebracht, daß dagegen gestimmt werden müsse. Auch die Anträge betreffend Unterstützungserhöhung wurden besprochen und den Delegierten Richtlinien mit auf den Weg gegeben. Ferner protestierte die Versammlung energisch gegen das Eingreifen Dritter bei Lohnfragen in unserm Gewerbe. Die sehr gut verlaufene Versammlung wurde vom Vorsitzenden, nachdem er die Bitte ausgesprochen hatte, in allen Fragen einig zu sein, mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. — Das Johannisfest des Ortsvereins Lüneburg hielt die Kollegen noch mehrere Stunden gemütlich beisammen.

Waldenburg i. Schl. Die Bezirksversammlung am 6. Juli war von 156 Kollegen aus den Orten Diesdorf, Freiburg, Friedland, Glatz, Gottesberg, Habelschwerdt, Langenbielau, Neurode, Reichenbach, Schweidnitz, Striegau, Waldenburg und Wüstegiersdorf besucht und wurde vom Kollegen Köchel mit begrüßenden Worten, die er besonders an die aus dem Felde heimgekehrten Kollegen richtete, eröffnet. In seinem Jahresbericht erwähnte er als größte Errungenschaft der Revolution für uns den Achtstundentag und gedachte sodann der 46 aus dem Bezirke gefallenen bzw. in den Lazaretten gestorbenen Kriegsopfer sowie des vor kurzem verstorbenen Kollegen Parsch, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Nachdem er die innerhalb Jahresfrist in unserm Gewerbe und speziell in unserm Bezirke geschehenen Vorgänge gestreift, betonte er, daß uns die Zukunft vor schwere gewerkschaftliche Aufgaben stellen wird, und ermahnte die Kollegen, an ihrer beruflichen Fortbildung weiter zu arbeiten, als bestes Mittel hierzu die in verschiedenen Bezirksorten neugegründeten typographischen Vereinigungen empfehlend. An Familienunterstützung eingezogener Kollegen wurden vom Bezirke 21 000 Mk. aufgebracht. Der Mitgliederstand betrug am 31. März 1919: 226, die niedrigste Mitgliederzahl während des Krieges war 96; eingezogen waren 229 Mitglieder, davon 96 verheiratete. Der Kassenbericht vom 1. Januar bis 31. März 1919 weist einen Bestand von 2796,34 Mk. nach. Dem Bezirkskassierer Schneider wurde die beantragte Entlastung erteilt. Mit 150 von 151 abgegebenen Stimmen wurden die Kollegen Köchel und Schneider als Vorsitzender bzw. Kassierer wiedergewählt. In Vertretung des Gauvorstehers Fiedler hielt sodann Kollege Fiering (Breslau) einen äußerst beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Aktuelle Tagesfragen“. Zur nächsten Sitzung des Tarifausschusses stimmte die Versammlung dem Antrage Waldenburg auf Erhöhung des Lokalzuschlags und einer der Teuerung entsprechenden Erhöhung des Lohnes zu. Ferner beschloß die Versammlung die Aufhebung der Kriegsfamilienunterstützung, mit Ausnahme derjenigen Kollegen, die seit ihrer Entlassung noch keine Arbeit erhalten haben und der noch in Gefangenschaft befindlichen, denen die Unterstützung mit Rücksicht auf die erduldeten Leiden und Entbehrungen noch drei Monate nach ihrer Rückkehr weitergezahlt wird. Kollege Gutsch dankte im Namen der eingezogen gewesenen Kollegen für die gewährte Familienunterstützung. Der Antrag des Ortsvereins Neurode, den konditionslosen Kollegen aus der Bezirkskasse einen täglichen Zuschuß von mindestens 50 Pf. zu gewähren, wurde wegen der dadurch bedingten erheblichen Beitragserhöhung abgelehnt, der Bezirksvorstand aber ermächtigt, auf eine baldige Erhöhung der Unterstützungssätze für kranke, invalide und stellungslose Kollegen hinzuwirken. Einem Antrage des Bezirksvorstandes, jedem Versammlungs-

teilnehmer außer der Fahrt vierter Klasse 3 Mk. zu gewähren, wurde zugestimmt und den stellungslosen Teilnehmern 10 Mk. bewilligt. Der Bezirksbeitrag wurde in der bisherigen Höhe belassen. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Striegau gewählt.

▫ ▫ ▫ ▫ ▫ Rundschau ▫ ▫ ▫ ▫ ▫

Wiedereinstellung von zurückkehrenden Kriegsgefangenen. Anschließend an die Ausführungen im zweiten Abschnitte des Leitartikels voriger Nummer sei daran erinnert, daß der Tarifausschuß im Mai hinsichtlich der aus Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Gehilfen die Wiedereinstellung an ihren vor ihrer militärischen Einziehung innegehabten Arbeitsplatz beschlossen hat, soweit ein solcher Anspruch bis zu vier Wochen nach der Heimkehr geltend gemacht wird. Wir ersuchen, die nun endlich Zurückkehrenden hierauf aufmerksam zu machen.

Unsre Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahre 1919. Die im Leitartikel (zweiter Abschnitt) in Nr. 88 gemachten Ausführungen können nunmehr ziffernmäßig für die sechs Monate von Januar bis Juli ergänzt werden. Es erhielten von den Mitgliedern des Verbandes im:

	Reiseunterstützung	Reiseunterstützung am Orte	Ortsunterstützung
Januar . .	8	1608	7817
Februar . .	10	1995	8290
März . . .	11	1531	5225
April . . .	12	1066	3063
Mai. . . .	22	846	3417
Juni . . .	20	704	2778

Für alle drei Unterstützungsarten wurden im ersten Halbjahre 1919 aus der Hauptkasse gezahlt 1241232,80 Mk. für 805518 arbeitslose Tage; über den gleichen Zeitraum 1918 lauten die Vergleichszahlen 9232,98 Mk. und 5200 Tage; von 1914 als letztem Abschnitt vor dem Weltkriege 535749,95 Mk., 335387 Tage. Betrug die Arbeitslosenziffer Ende Dezember v. J. 12,6 Proz., Ende März d. J. 7,7 Proz., so wird sie Ende Juni d. J. wohl mit 2,7 Proz. zu nennen sein; bestimmt läßt sich das jetzt noch nicht ausrechnen. (Bei verringerter Arbeitszeit infolge mangelnder Beschäftigung wird bekanntlich keine Unterstützung aus den Verbandskassen gewährt.) Auch hier kann eigentlich nur das erste Halbjahr 1914 zum Vergleiche herangezogen werden, nämlich mit 4,7 Proz. Ende Dezember 1913, 2,2 Proz. Ende März 1914 und 5,5 Proz. Ende Juni 1914.

Die Arbeitslosigkeit in Großdruckstädten. Nach den uns aus einigen Großdruckorten von Anfang August vorliegenden Vereinsmitteilungen verzeichneten Arbeitslose: Leipzig 509 (271 Setzer, 192 Drucker, 33 Stereotypeure, 13 Schriftgießer), Hamburg 370 (229 Setzer, 105 Drucker, 17 Schweizerdegen, je 8 Stereotypeure und Korrektoren, 3 Maschinensetzer), Stuttgart 192 (131 Setzer, 49 Drucker, 5 Galvanoplastiker, 3 Maschinensetzer, je 2 Stereotypeure und Schweizerdegen), Frankfurt a. M. 131 (67 Setzer, 48 Drucker, 6 Schweizerdegen, je 3 Stereotypeure und Schriftschneider, 2 Schriftgießer, je 1 Maschinensetzer und Galvanoplastiker), München 129 (68 Drucker, 53 Setzer, 4 Maschinensetzer, 2 Korrektoren, je 1 Schweizerdegen und Stereotypeur).

Buchdrucker machen alles. In Trostberg (Oberbayern) sollen sich zu Notstandsarbeiten im Apinger Moor fast keine Tagelöhner gemeldet haben, sondern in der Mehrzahl Schriftsetzer, Bäcker, Konditoren, Schreiner und Friseure. Es muß also auch in kleineren Druckorten mit der Arbeitsgelegenheit manchmal schlecht bestellt sein für uns. Dann aber scheint die Bezahlung für diese Notstandsarbeiten auf Buchdrucker nicht abhaltend zu wirken, was in betreff der eignen Löhne nicht den besten Rückschluß zulassen würde.

Nachahmenswerte Beispiele. In Glatz (Schlesien) hat die Arnestusdruckerei auch den noch nicht Ferienberechtigten einen Urlaub gewährt und die Firma L. Schirmer gewährte dem Hilfspersonal ebenfalls Ferien.

Buchdrucker im Kommunaldienst. In Mühldorf (Bayern) wurden Kollege Dirschl in den Stadtrat und Kollege Bruckner in den Arbeiterrat gewählt. — Für Ullersdorf und Zilsdorf wurde der Kollege Oskar Schmidt zum Gemeindevorsteher gewählt. — In Borna bei Leipzig ist der Kollege Immerthal Stadtverordnetenvizevorsteher geworden.

Verlust eines großen Banknotenauftrags für die Reichsdruckerei. Wie wir im „Vorwärts" lesen, haben die Arbeiterräte im Buchdruckgewerbe im Vereine mit dem rechtssozialistischen und dem demokratischen Vollzugsrat — in Berlin wie in Leipzig ist die Ehe zwischen Rechts und Links im Arbeiterrate freiwillig getrennt — beim Präsidenten der Reichsbank einen berechtigten Einspruch erhoben. Von herzustellenden Banknoten im Werte von 5 Milliarden Mark sind nämlich nur 1½ Milliarden zum Druck an die Reichsdruckerei verwiesen, die Herstellung von 3½ Milliarden ist der österreichischen Staatsdruckerei übergeben worden. Der Reichspostminister hatte vorher von dieser Disposition der Reichsbank nichts gewußt. Es sollen nun keine Druckaufträge mehr in das Ausland gehen. Rückgängig konnte die Sache mit Österreich nicht mehr gemacht werden.

Überlastung einer-, Arbeitsmangel anderseits in der Reichsdruckerei. Bei vorgedachter Gelegenheit wurde festgestellt, daß die Reichsdruckerei in erheblichem Maß auf die Mithilfe andrer [illegible] angewiesen ist. Es wurden allein in letzter Zeit mit Buchdruckarbeiten bedacht: 46 Firmen mit 3[illegible] Aufträgen im Werte von 1355000 Mark, [illegible] Mk., mit Buchbinderarbeiten: 45 mit 478 und 1110000 Mk., 48 mit 172 und 645000 Mk. In der wissenschaftlichen Abteilung und in der arabischen mangelt es dagegen sehr an Aufträgen. Die Behörden sollen im allgemeinen angewiesen werden, alle in Frage kommenden Druckarbeiten der Reichsdruckerei zuzuweisen, die dann nötigenfalls an andre deutsche Firmen eine Unterverteilung vornimmt.

Einziehung von 50-Markscheinen. Laut Aufruf der Reichsbank sind die 50-Markbanknoten vom 20. Oktober 1918 bis zum 10. September d. J. bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andre gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Versäumt man den Termin vom 10. September 1919, so kann man die Noten nur noch bei der Reichsbankhauptkasse in Berlin eintauschen, die eine Einlösung aber auch nur bis zum 10. September 1920 vornimmt. Mit letzterem Zeitpunkt erlischt für die Reichsbank die Einlösungspflicht überhaupt. Um jedem Irrtum vorzubeugen, wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Aufrufe lediglich um die Reichsbanknoten zu 50 Mk. mit dem Datum des 20. Oktober 1918 handelt, die auf der Vorderseite links ein grünes Zierstück und rechts daneben den Aufdruck in einer quadratischen, dunkelbraunen Umrahmung tragen. Unberührt vom Aufrufe bleiben sämtliche übrigen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine, also auch die andern auf 50 Mk. lautenden Darlehnskassenscheine und Reichsbanknoten, unter letzteren auch die Ausgabe vom 30. November 1918, deren Aufdruck auf der Vorderseite von einem gewellten Rahmen umgeben ist und deren Rückseite ein freies Mittelfeld aufweist. Alle diese Geldzeichen bleiben gesetzliches Zahlungsmittel, müssen also von jedermann auch ferner in Zahlung genommen werden.

So ändern sich die Zeiten! Die neue Nummer der „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse" in der Hand, gleitet der Blick einmal auch über den Titel. Da findet er zwei formale Bemerkungen: daß an Konrad Haenisch die redaktionellen, an Robert Schmidt die geschäftlichen Mitteilungen zu richten sind. Zwei Namensangaben, die weiter nicht auffallen, einer selbstverständlichen Veröffentlichungspflicht genügen. Indes, wenn man bedenkt, daß der eine preußischer Kultusminister, der andre deutscher Wirtschafts- und Ernährungsminister ist, dann besagen diese Vermerke doch sehr viel. Widerlegen aber auch das einfältige Gerede oder Papageiengeschwätz, daß sich im neuen Deutschland gar nichts geändert habe, ganz gehörig.

Emil Kloth zurückgetreten. Vom Verbandstage der Buchbinder, der in diese Woche übergegangen ist, wollen wir die Notiz in voriger Nummer einstweilen noch ergänzen mit der Mitteilung, daß der erste Vorsitzende Kloth bei der Vorstandswahl selbst zurückgetreten ist. Das Mißtrauensvotum der Opposition wurde zwar abgelehnt, 19 Verbandsangestellte und 3 unbesoldete Vorstandsbeisitzer hatten in einer Erklärung ihre Mitverantwortlichkeit zu der von Kloth eingenommenen gewerkschaftlichen Haltung ausgedrückt und traten solidarisch für die gefaßten Beschlüsse ein, es gelangte aber mit 54 gegen 48 Stimmen eine andre Resolution zur Annahme, die in manchen Fällen die Redaktionstätigkeit Kloths während der Kriegszeit sowie seine Artikel in bürgerlichen Blättern nicht billigt. Da der Kassierer Haueisen als erster Vorsitzender neu- und der bisherige zweite Vorsitzende Harder wiedergewählt wurden, so kann von einem Systemwechsel durch den Rücktritt Kloths nicht gesprochen werden. Dieser Ausgang war nach den eignen Worten Kloths vorauszusehen, bedauerlich ist er aber auf jeden Fall, denn es geht wieder eine tüchtige, erfahrene Gewerkschaftskraft verloren, die den Fehler beging, politisch zu sehr nach rechts zu steuern.

Kommunistisch-gewerkschaftliche Glaubensbekenntnisse. In einer Arbeitslosenversammlung im Charlottenburger „Volkshause" konnte man einmal wieder die heillose Konfusion der ganz Extremen studieren. Sogar dagegen, daß deutsche Arbeiter zum Wiederaufbau nach Frankreich gehen, was der ermordete Kurt Eisner schon im Januar eine heilige Pflicht nannte, wurde auch mobil gemacht. Bei der Wahl der Arbeitslosenräte erklärte der Vorsitzende auf Zurufe, die Gewählten seien alle Kommunisten: „Wie lange sie organisiert sind, ist Nebensache. Gewerkschaftlich bräuchten sie nicht organisiert zu sein, von den Gewerkschaften haben wir genug". Was einer der gewählten Arbeitslosenräte noch bekräftigte mit dem bezeichnenden Ausspruch: „Ich hab' mir 20 Jahre nich um de Orjanisatzjon jekümmert un bin froh drum, det ich mit die Blase nischt zu dhun habe". Daß nicht alle kommunistisch Gesinnten einen solchen verrannten Standpunkt einnehmen, kann man wohl annehmen. Jedoch verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß sich in der Kommunistischen Partei die meisten gewerkschaftlichen Analphabeten befinden, die nicht selten in bewußter, wenn auch durch ihre Verstiegenheit lächerlich wirkender Gewerkschaftsfeindlichkeit machen. Denn anders kann es gar nicht bewertet werden, wenn das kommunistische Organ für Groß-Thüringen den Nürnberger Gewerkschaftskongreß „Kongreß der Polizeispitzel und Kriegshetzer" betitelte. Daß aus Arbeitgeberkreisen deutlicher klingende Auslassungen kommen, die kommunistische Propaganda werde auch aus Unternehmermitteln gespeist, ist dazu allerdings eine fatale Ergänzung. Nach dem Nürnberger Kongreß wird in den Reihen der Kommunisten in erhöhtem Maße Stimmung für den Austritt aus den Gewerkschaften gemacht. Der Verlust wäre ja nicht schwer zu tragen.

Moderne Diktatur des Proletariats. Marx und Engels haben darüber einen ganz andern Begriff gehabt, und heutzutage sind auch unter den unabhängigen sozialdemokratischen Führern Männer, die unentwegt zur Demokratie stehen, vor allem Kautsky und Ströbel. Daß die [illegible] Parole der Diktatur des Proletariats nur auf Terrorismus hinausläuft, zeigt [illegible] im [illegible] wie im kleinen. So hat eine Betriebsversammlung der Siemens-Halske-Aktiengesellschaft in Berlin dem Arbeiterausschusse das Recht zugesprochen, bei politischen Streiks „die Arbeitsruhe selbständig zu beschließen. Sollten Kollegen dagegen verstoßen, so sind dieselben sofort zu maßregeln". Also absolutes Dekretieren, kein Mitbestimmungsrecht, für „Widerspenstige" der Tritt vor den Magen — nicht von kapitalistischen Despoten aus, sondern durch Diktatur des eine Vertretung für alle Werktätigen bilden sollenden Arbeiterausschusses unabhängig-sozialdemokratischer Couleur. Daraus folgend wieder neue Erbitterung gegeneinander; manchmal könnte es auch untereinander zu solchen Maßregelungen kommen, denn die Zentralleitung der Unabhängigen hatte zu der Proteststaktion am 21. Juli erst von einem politischen Streik abgeblasen, wie sich aus einer in dem unabhängigen Münchner Organ veröffentlichten Erklärung unzweideutig ergibt. Daß die internationale Sozialistenkonferenz in Luzern jetzt dem von unabhängiger deutscher Seite verlangten Bekenntnisse zur Diktatur des Proletariats keine Folge gegeben hat, ist daher gut; daß diese auch gleich praktisch davon betroffen wurde, da sie diktatorisch die Ausschaltung der rechtssozialistischen deutschen Delegierten forderte, ist einer der Treppenwitze, wie ihn die Weltgeschichte gern beliebt.

Arbeitersekretär gesucht. Sofort nach **Neumünster** eine erste Kraft mit rednerischer Befähigung. Anfangsgehalt 6000 Mk. Bewerbungen an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells: Artur Zabel, Neumünster, Fabrikstraße 32, Z. 3.

Verbandstag der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Magistratsrat v. Schulz (Berlin) als Vorsitzender gibt bekannt, daß voraussichtlich im Oktober ein Verbandstag in Nürnberg stattfinden wird. In erster Linie soll über Maßnahmen gegen die sich mehr geltend machende Tendenz zur Ausschaltung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte beraten werden. Vorschläge und Wünsche in betreff des Verbandstages sind an die Archivverwaltung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Berlin W 30, Motzstraße 69, zu richten.

Bergarbeiterlöhne und Kohlenpreise. Nach einer im „Reichsanzeiger" veröffentlichten Statistik über die Bergarbeiterlöhne im ersten Vierteljahr 1919 sind die Löhne der Arbeiter wie folgt gestiegen: In den Staatsbergwerken des Saarreviers betrug der Gesamtlohn eines Arbeiters 806 Mk., gegen 785 Mk. im ersten Vierteljahr 1918, im Aachener Revier 851 (779) Mk., im linken Niederrhein 1106 (910) Mk., im Braunkohlenbergbau linksrheinisch 979 (874) Mk., im Oberbergamtsbezirk Halle 739 (656) Mk. Im Erzbergbau stellt sich die Übersicht wie folgt: Mansfelder Bezirk 492 (633) Mk., Oberharz 855 (747) Mk., Siegener Revier 903 (748) Mk., Nassau und Wetzlar 561 (510) Mk., sonstiger rechtsrheinischer Erzbergbau 593 (622) Mk., linksrheinischer Erzbergbau 542 (500) Mk. Diese Übersicht ergibt, daß die Löhne durchaus nicht so gestiegen sind, wie immer glaubhaft zu machen versucht wird. Sie sind in einzelnen Bezirken sogar zurückgegangen. Es müssen also doch, wenn nicht die Leistung ganz erheblich gesunken sein sollte, was aber wiederum nach glaubwürdigen Berichten nicht etwa ausschließlich auf Arbeitsunlust, sondern auf die Vernachlässigung der Gruben während der Kriegszeit und auf Mangel der Ernährung zurückzuführen ist, andre Gründe für das Steigen der Kohlenpreise vorhanden sein. Es wird wohl so sein wie auf allen andern Gebieten, daß die Löhne der Arbeiter vorgeschoben werden, um große Extraprofite zu machen. Das berechtigt zu der Forderung an die zuständigen Stellen, dem fortwährenden Begehren der Grubenbesitzer auf immerwährende Erhöhung der Preise endlich ein festes Nein entgegenzusetzen. Aus der erwähnten Statistik des „Reichsanzeigers" wäre noch zu erwähnen, daß die Zahl der Bergarbeiter im laufenden Jahr erheblich zugenommen hat. So ist im Oberbergamtsbezirk Dortmund von 317369 im Vorvierteljahr und 322883 im Jahresdurchschnitt 1918 die Zahl der Arbeiter auf 360979 im ersten Vierteljahr 1919 gestiegen. Dagegen ist die Zahl der verfahrenen Schichten pro Arbeiter von 78 auf 73 gegenüber dem ersten Vierteljahr 1918 zurückgegangen.

▫ ▫ ▫ ▫ ▫ ▫ Literarisches ▫ ▫ ▫ ▫ ▫ ▫

„Frankreich und wir." Ein Beitrag zur Verständigung des französischen und des deutschen Volkes von Paul Otto George. Erstes Heft der Demokratischen Erziehungsbücherei. Preis 2 Mk. Verlegt von Wendlers Buchverlag in Braunschweig. Der den Lesern des „Korr." durch rege und vorbildliche Mitarbeit an unsrer gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit wohlbekannte Kollege und Verfasser hat mit dieser über 50 Seiten starken Schrift in Oktavformat den schwierigen Versuch unternommen, die seit vielen Jahrhunderten einander „feindlich" gesinnten Deutschen und Gallier durch eine Untersuchung des Trennenden und Gemeinsamen einander näher zu bringen. Das Problem ist ebenso groß als tief, d. h. es ist fast unergründlich und leider durch nationalen Chauvinismus diesseits wie jenseits der Vogesen wie des Rheins stark getrübt. Man könnte daher eine ganze Bibliothek darüber schreiben und trotzdem dürfte das Problem kaum restlos zu lösen sein. Es sind Rassen- und Kulturfragen dabei in Betracht zu ziehen, die nach Raum und Zeit von Natur aus verschieden sind und wohl niemals in völlige Übereinstimmung gebracht werden können. Trotzdem hat es Kollege George gewagt, seine Geisteskraft und sein Menschentum mit diesem völkerpsychologischen Widerstreit zu messen. Die Art und Weise, wie er das in dieser Schrift zum Ausdrucke bringt, macht dem Verfasser alle Ehre. Ein glänzender Stil, scharfe Beobachtung und trotzdem einfache und schlichte Vergleiche ergänzen sich in fesselnder Weise. Er kommt zu dem objektiven Resultat, daß beide Nationen gleich große Länder wie Kulturträger sind und sich gegenseitig wenig vorzuwerfen haben, aber trotzdem einander viel verdanken können. Auf diese Basis baut er die Möglichkeit einer Annäherung, eines gegenseitigen besseren Verstehens auf. Interessant und lesenswert [illegible] Begründungen; sie können zwar, je nachdem man die Rassen- und Nationalitätenfrage überhaupt beurteilt, [illegible] führen, als sie der Verfasser zieht. Aber wir achten die Meinung [illegible] und wollen in dieser unsern [illegible] liegenden [illegible] unsern Standpunkt nicht als maß[illegible] [illegible] und selbst [illegible] sei unser Rat und [illegible] Empfehlung dieser [illegible] und geistreichen Schrift.

Briefkasten

D. A. in Dr.: Wird aufgenommen. — H. L. in G.: Ihr Artikel ist einer von den in der vorigen Nummer (Leitartikel) gemeinten. Wir würden ihn zur Umarbeitung zurücksenden, wenn dadurch nicht so viel Zeit verloren ginge. Der von uns deshalb vorzunehmende Umbau wird also von dem absehen, was im Tarifausschusse bereits im Mai nicht zu erreichen war; auch in Kollegenkreisen sind die Ansichten darüber ja verschieden. Was Sie im Grunde wollen, wird aber Herausarbeitung finden. — B. M. in L.: Vorbildlich in klarem Ausdrucksvermögen und in der Kürze dazu. — K. D. in N.: Das hätte viel kürzer und besser gesagt werden können. Soll aber nach darauf abzielender Umarbeitung Aufnahme finden. — H. S. in F.: Ja, auch für „Korr." verwendbar; Zuschnitt müßte aber etwas anders werden. Können wir nicht noch ein Exemplar bekommen? — G. P. in T.: Für das Verbandsorgan ebenfalls von Wert. Erscheint in aller Bälde. — F. L. in A.: Theoretisch läßt sich dem nur vorarbeiten und das muß vielseitig geschehen. Die Praxis ist später Hauptsache. Der Verlag des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften, Leipzig, Salomonstraße 8, wird Ihnen auf Verlangen eine Zusendung machen. — K. W. in W.: Dieses Geistesprodukt ist denn doch zu schwach. Wenn wir das dem Leserkreise des „Korr." vorsetzen wollten, würde man uns die Fenster einwerfen. — F. N. in S.: 1. Solche größeren Bestellungen auf die Verbandsgeschichte bedürfen zwar etwas längerer Zeit, aber es wird schon noch gehen bis zu jenem Datum. 2. Sagen Sie das nicht so laut, daß gar mancher lieber die Nase in die Verbandsbibel stecken sollte, anstatt sich mit dem Vielerlei von Revolutionsliteratur Augen, Magen und Verstand zu verderben. — P. M. in F.: Von Zuschrift dankend Kenntnis genommen. — F. K. in N.: Kam höchst erwünscht, wollten schon um Aufklärung schreiben. — M. H. in K.: 3,10 Mk. — A. A. in Bln.: 3,30 Mk.

Versammlungskalender

Nordhausen. Versammlung heute Sonnabend, den 9. August, abends 8 Uhr, in „Stadt Brandenburg", Kranichstraße.

Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker

Kreis II (Rheinland-Westfalen und Birkenfeld).

Zur Deckung der gehilfenseitig für die tariflichen Institutionen des Kreises II für das Geschäftsjahr 1918/1919 entstandenen Kosten werden die tariftreuen Gehilfen des Kreises II auf Grund des § 96 des Tarifs hiermit aufgefordert, einen Beitrag von je 30 Pfennigen bis spätestens zum 30. September 1919 an den Unterzeichneten abzuliefern. Für die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ist der Beitrag aus der Gaukasse bezahlt. Soweit der Beitrag nicht durch die Organisationen abgeführt wird, ist dieser druckereiweise zu sammeln und unter namentlicher Aufführung der Beitragzahlenden an den Unterzeichneten einzusenden. Tariftreue Gehilfen, die diesen Beitrag nicht zahlen, sind von der Benutzung der tariflichen Institutionen ausgeschlossen.

Köln, 28. Juli 1919.
Gereonshof 28.

Emil Albrecht, Gehilfenvertreter für den II. Tarifkreis.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. H. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Siebenundvierzigster Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

I. Kreis. Hannover: Londner, Louis; „Volksrecht" (Verlag Karl Süderhold & Ko.).

II. Kreis. Bergneustadt: Bergneustädter Handelsdruckerei. — Bonn: Soennecken, F. — Elberfeld: „Volkstribüne", Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H. — Herford: „Herforder Kreisblatt". — Remscheid: Schlagmann, Gebr. — Siegburg: Hermanns, L.; Thelen, Th.

III. Kreis. Frankfurt a. M.: Freund, Adolf. — Mainz: Scholl, B., & Söhne. — Oberbiel: Hager, Heinr. — Wetzlar: Dietrich, Emil.

IV. Kreis. Klosterreichenbach: Halsch, Emanuel. — Stuttgart-Kannstatt: Genossenschaftsdruckerei für das Gastwirtsgewerbe.

V. Kreis. München: Späth, Matthias. — Schwabach: Schaffner, Karl (vorm. G. Heusolt).

VI. Kreis. Altenburg: Rieble, Artur. — Nordhausen: Strecker, Eduard, Nachf. (Konrad Ath). — Zeulenroda: Oberreuter, August.

VII. Kreis. Annaberg: Schubert, Walter; Wittig, G. Bald. — Chemnitz: Pfleninger & Weber; Pommerenke, Hans. — Dresden: Lommatzsch, F. (J. Schröer). — Zschopau: König & Müller.

VIII. Kreis. Berlin: Basilta, C. — Oberschöneweide: Paragon Kassenblock Aktiengesellschaft. — Steglitz: Könitzer, Kurt.

IX. Kreis. Reichenbach i. Schl.: Kotainy, Ludwig (Ernst Dürnberger Nachf.).

X. Kreis. Segeberg: Leisner, Wilh.

XI. Kreis. Bülow: Wolski, Hubert (Max Müller Nachf.). — Mittenwalde (Mark): Buchdruckerei Mittenwalde (Julius Siegmann).

XII. Kreis. Lyck: Badzies, Bruno.

Aus dem Verzeichnisse der tariftreuen Buchdruckereien wurden gestrichen die Firmen:
II. Kreis: Heinrich Ziegler in Merzig a. d. Saar. — Ründerother Geschäftsbücherfabrik Gustav Jaeger in Ründeroth (Rhld.).
VII. Kreis: D. Weinbergsche Buchdruckerei in Leipzig.

Aus der Liste der tariftreuen Gehilfen wurde gestrichen: Heinrich Veit in Duisburg-Meiderich.

Bekanntmachungen

III. Kreis. Gehilfenkreisvertreter: Wilhelm Nepecks, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51 III; Stellvertreter: Oskar Wacker, Frankfurt a. M., Pellerweilstraße 24.

Schiedsgerichte betreffend

Karlsruhe. (Prinzipalswahl.) Dr. Bran, i. Fa. Braunsche Hofbuchdruckerei, Vorsitzender; Ludwig Kaiser, Otto Stieß, Direktor Hoffmann, Hans Reiss, Beisitzer.

Arbeitsnachweise betreffend

Frankfurt a. M. Städtisches Arbeitsamt, Abteilung Graphisches Gewerbe, Bleichstraße 52 I; Tel. Hansa 580 bis 585, Abteilung Graphisches Gewerbe (Verwalter: Otto Grünewald).

Schwerin i. M. Verwalter: Louis Köhn, Sandstraße 4.

Berlin, 22. Juli 1919.

J. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Einiges über wilde und über politische Streiks. — Gesundheits- und Kulturpolitik.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Angestellte in „gehobener Stellung".

Korrespondenzen: Leipzig. — Ludwigslust. — Lüneburg. — Waldenburg.

Rundschau: Wiedereinstellung der zurückkehrenden Kriegsgefangenen. — Unsre Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahre 1919. — Die Arbeitslosigkeit in Großdruckstädten. — Buchdrucker machen alles. — Nachahmenswerte Beispiele. — Buchdrucker im Kommunaldienst. — Verlust eines großen Banknotenauftrags für die Reichsdruckerei. — Überlastung einer-, Arbeitsmangel anderseits in der Reichsdruckerei. — Einziehung von 50-Markscheinen. — So ändern sich die Zeiten! — Emil Kloth zurückgetreten. — Kommunistisch-gewerkschaftliche Glaubensbekenntnisse. — Moderne Diktatur des Proletariats. — Arbeitersekretär gesucht. — Verbandstag der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. — Bergarbeiterlöhne und Kohlenpreise.

Literarisches: „Frankreich und wir."

Siebenundvierzigster Nachtrag zum Verzeichnisse der tariftreuen Druckereien.

Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen (Gau Leipzig V. d. D. B.)

Freitag, den 15. August, abends 5½ Uhr, im Saale des Etablissements „Sanssouci", Elsterstraße:

Gaumitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Arbeitslosenfrage und Arbeitsbeschaffung; Referent Kollege Hesselbarth. 3. Die Bildungsgemeinschaft der Leipziger Buchdruckergehilfen im Verbande der Deutschen Buchdrucker; Referent Kollege Mauff. 4. Geldbewilligung.

Der Gauvorstand: Karl Engelbrecht, Vorsitzender.

Zutritt zur Versammlung nur Mitgliedern gegen Vorzeigung des Gauquittungsbuches gestattet!

Eine aktuelle Schrift zur Frage des Lohnabbaues und zur praktischen Lösung des Sozialisierungsproblems soeben im Selbstverlage des Verfassers erschienen:

Neuzeitliche Ausnützung der Buchdruckpresse

Ein Vorschlag zur Umformung der bisherigen Zurichte- und Produktionsweise in praktischen Beispielen erläutert von

M. RAUCH.

Kartoniert 2,50 Mk., gebunden 3,50 Mk. portofrei gegen Voreinsendung oder Nachnahme von M. Rauch, Stuttgart, Ludwigstraße 20.
Postscheckkonto: Stuttgart 15612.

Tüchtiger Faktor

für größere Schriftgießerei gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Angabe der seitherigen Tätigkeit unter P. C. 8390 durch den Invalidendank, Berlin W 9, erbeten. [275

In **Regensburg** (Kreishauptstadt in Bayern) wird für ein sozialistisches, wöchentlich zweimal erscheinendes Parteiblatt ein [297

Chefredakteur

gesucht. Auf gute Kraft wird gerechnet. Der Eintritt soll möglichst sofort erfolgen. Angebote mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an die Geschäftsstelle der „Neuen Donau-Post", Regensburg.

Flotter Maschinenmeister

absolut selbständig, mit der gesamten Drucktechnik und Anlegeapparat vollkommen vertraut, für sofort in dauernde Stellung gesucht. Nur schriftliche Angebote an
280] Buchdruckerei Killiger, Berlin W 57, Bülowstraße 56.

Tüchtiger, zuverlässiger Akzidenzsetzer

gesetzten Alters, Meisterprüfung mit Erfolg abgelegt, in allen Arbeiten des Berufs erfahren, selbständiges Arbeiten gewöhnt, [300

sucht Dauerstellung

Angebote an B. Schütte, Hannover, Rambergstraße 38 part. l.

Zuverlässiger, tüchtiger

Maschinenmeister

selbständiger, sauberer Arbeiter, 40er, lehrberechtigt, guter Maschinenkenner, in allen Druckarbeiten (speziell Akzidenz-, Illustrations-, Auto- und Farbendruck) bestens vertraut, im Rotationsdruck nicht unerfahren, sucht, gestützt auf beste Empfehlungen, Dauerstellung, eventuell Vertrauensposten. Egal wohin. Gefl. Angebote unter H. B. 289 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kleine Akzidenzdruckerei in Groß-Hamburg sucht jüngeren

Schweizerdegen

Angebote unter Nr. 294 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ein Monotypegießer und ein Komplettmaschinengießer

für Foucher-Maschine, Type 2, sofort gesucht. [303
Ohlenrothsche Buchdruckerei
Georg Richters, Erfurt.

Mehrere

Schriftgießer

zu sofortigem Eintritt für dauernd gesucht. [61
Otto Weisert, Schriftgießerei, Stuttgart.

Schriftsetzer

in allen Satzarten firm, sucht sofort oder später Kondition. [304
Heinrich Schally, Wattweiler bei Zweibrücken (Pfalz).

Linotype-Monteur-Instrukteur

verheiratet, 15 Jahre Praxis, mit allen Modellen vertraut, Ia Zeugn., wünscht sich als Abteilungsl. oder erster Setzer in Dauerst. zu veränd. Antr. 14 Tage nach Eng. C. Möwius, Berlin SW 29, Fidizinstr. 33.

Buchdruckerei

mit Zeitungsverlag zu kaufen gesucht.
Hermann Kölzow, Wismar.

Suche sofort gebr., guterhalt., bruchfreie

Tiegeldruckpresse

größeren Formats. Eilangebote unter L. K. 296 an die Geschäftsstelle d. Bl.

„Buch- und Steindrucker"

Jahrg. 1—15 und Jahrg. 16 (1. Halbband) geb. zu verkaufen. Angeb. an Frau Agnes Radler, Lähn (Schl.).

Werkzeugkasten verschließbar sow. sämtl. Werkz. für Maschinenmstr. u. Setzer empf. i. best. Qual. Kollege Max Voigt, Leipzig-Stötteritz, Papiermühlstr. 5 II. Preisl. grat. u. franko.

Kalkulationsunterricht

gesucht. Preisofferte erbeten.
Kürten, Mülheim(Ruhr)-Speldorf, Parkstraße 1. [292

Ein- und mehrfarbige

Akzidenzen

„Arbeiten aus der Praxis als Mustervorlagen für Setzer und Drucker"
in bew. Mappen-Aufmachung

Neu! Mappe 7:
Verschiedene Akzidenzen
(2. Folge)

W. Piepenschneider, Buchdr. Braunschweig, Reichsstr. 31
Prospekt frei!

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

Teilzahlung
Photo-Apparate aller Art
Photogr. Artikel
Katalog umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin P. 407
Belle-Alliance-Str. 7–10.

Für die Preisberechnung

und Kalkulation von Druckarbeiten empfiehlt geeignete Fachlehrbücher Graph. Verl. K. Siegl, München 9, Kolumbusstraße 1. — Katalog 25 Pf.

Neu!

Preisliste Nr. 6

wird nur auf Verlangen zugesandt.
Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften, Leipzig, Salomonstr. 8.
Postscheckkonto 53430.

Fachbücher, Werkzeuge Ahlen und Pinzetten

liefert billig und gut [786
Verband d. Deutsch. Typogr. Gesellsch. Leipzig, Salomonstr. 8. Postscheckkonto Nr. 53430. Preisliste kostenlos.

Setzer Max Werner

aus Naumburg a. d. S. wo steckst Du? Gib Nachricht Deinem Bruder Kurt, Gräfenhainichen (Bez. Halle), Kirchplatz 5.

Am 6. August verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer [302

Louis Müller

aus Schkeuditz, im 62. Lebensjahre. Ein Kollege mit echtem Buchdruckerhumor ist mit ihm aus unserm Kreise geschieden.

Ehre seinem Andenken!

Die Kollegen der Firma C. G. Röder, G. m. b. H., Leipzig.

Nach längerem Leiden verstarb am 30. Juli im Alter von fast 30 Jahren unser Kollege, der Maschinensetzer [299

Johannes Enders

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Ortsverein Ratibor.
Bezirksverein Kattowitz.

Der Allbezwinger Tod hält unter unsern alten Kollegen reiche Ernte. Im 71. Lebensjahre schied der Druckerinvalide [306

Gustav Schmidt

für immer von uns.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Der Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig, Salomonstraße 8. — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.